

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung fügen der Volkswirtschaft großen Schaden zu. Ihre Bekämpfung genießt zu Recht hohe Priorität bei den involvierten Behörden. Dazu gehört auch das städtische Ordnungsamt. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie viele Personenüberprüfungen an der Arbeitsstelle haben in Halle 2009 und im ersten Halbjahr 2010 stattgefunden?
2. Wie viele Prüfungen von Arbeitgebern haben in Halle 2009 und im ersten Halbjahr 2010 stattgefunden?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Straftaten wurden in Halle 2009 und im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen?
4. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten wurden in Halle 2009 und im ersten Halbjahr 2010 abgeschlossen?
5. Wie hoch ist die Summe der 2009 und im ersten Halbjahr 2010 verhängten der Bußgelder?
6. Wie hoch ist die Summe der 2009 und im ersten Halbjahr 2010 verhängten der Geldstrafen (einschließlich Wertersatz)?
7. Wurden Freiheitsstrafen erwirkt? Wenn ja in welcher Höhe?
8. Wie hoch schätzt die Stadtverwaltung den volkswirtschaftlicher Schaden (Steuern und Abgaben an Sozialkassen)

Antwort der Verwaltung:

zu 1.) Im Jahr 2009 wurden 926 Personen und im ersten Halbjahr 2010 343 Personen überprüft.

zu 2.) Im Jahr 2009 wurden 101 Arbeitgeber und im ersten Halbjahr 2010 45 Arbeitgeber überprüft.

zu 3.) Hier ist die Staatsanwaltschaft Halle zuständig.

zu 4.) Im Jahr 2009 wurden 8 Verfahren und im ersten Halbjahr 2010 1 Verfahren rechtskräftig abgeschlossen.

zu 5.) Die Summe der verhängten Bußgelder im Jahr 2009 beträgt 21.000,00 € und im ersten Halbjahr 2010 16.500,00 €.

zu 6.) Dies kann durch die Stadtverwaltung nicht beantwortet werden, da Geldstrafen durch Urteil oder Strafbefehl verhängt werden und insoweit dem Strafrecht zuzuordnen sind.

zu 7.) Für die Erwirkung von Freiheitsstrafen sind die Gerichte zuständig.

zu 8.) Der volkswirtschaftliche Schaden ist durch die Stadtverwaltung nicht zu bemessen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass die Verweisung auf Zuständigkeiten bei einigen Antworten der Verwaltung nicht ausreichend sei.

Zudem fragte **Herr Krause**, ob in der Verwaltung für den Bereich Schwarzarbeit eine hauptamtliche Vollzeitstelle vorhanden sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine erneute und detaillierte Antwort zu.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.